

# Tradition verpflichtet

## Neue deutsche Macht und reaktionäre Ideologie

*Arnold Schölzel*

---

Deutschland ist wieder einmal seinen Nachbarstaaten voraus. Die Finanz- und Wirtschaftskrise schadete einem Teil der EU-Staaten, die deutsche Wirtschaftsmacht legte enorm zu. Angela Merkel hat seit 2008 regelmäßig als Ziel verkündet: Die Bundesrepublik soll aus dem Desaster der anderen selbst »gestärkt« hervorgehen.

Das ist vorerst vollbracht, also folgt der nächste Schritt: daraus politisches Kapital schlagen. Das Stichwort dafür lieferte das im September 2013 vorgelegte Strategiepapier »Neue Macht. Neue Verantwortung«. Wenig später strapazierten Verteidigungsministerin und Außenminister sowie der Bundespräsident die Vokabel »Verantwortung« und meinten mehr deutsches Militär jenseits des Grundgesetzauftrags, Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen. Erst in dieser Woche erklärte die Verteidigungsministerin einen neuen Marineeinsatz im Mittelmeer für »unbegrenzt«. Aktuell soll der ehemals souveräne Staat Libyen Ziel von Angriffsoperationen werden. Am Donnerstag hoffte der Außenminister angestrengt auf Russlands Vetoverzicht im UN-Sicherheitsrat.

Verfassungs- und Völkerrechtsbruch auf neuer Stufe, nämlich als »Normalität«, muss propagandistisch vorbereitet und begleitet werden, anders gesagt: Ein kräftiger ideologischer Ruck nach rechts ist fällig. Viel bedarf es dazu in der Bundesrepublik nicht. Das Thema »Flüchtlinge«, »Asylbewerber« oder »Ausländer« ist seit den 80er Jahren Spielmaterial der etablierten Parteien. Sie haben das Asylrecht 1993 gemeinsam faktisch beseitigt, bei Bedarf werden aber nach wie vor alle nationalistischen Ressentiments abgerufen. Wer nicht vom Krieg, von Sozial- und Demokratieabbau redet, statt dessen von »Wer betrügt, fliegt«, macht die Lüge zur Gewohnheit. Neofaschisten, rechte Polterer wie Schill seinerzeit in Hamburg, die neoliberalen Rassisten von der AfD oder die Pegida-Kleinkriminellen von Dresden und anderswo nehmen die Vorlagen, die von CDU, CSU, SPD und FDP geliefert werden, gern auf. Da

ballt sich zusammen, was zusammengehört. So wird im ganzen eine Massenbasis für einen deutlichen Schwenk vorbereitet. Und verbal geht es auch voran. Angefangen mit der Kanzlerin, die in Moskau die Krim-Sezession von 2014 »verbrecherisch« nennt. Der verstorbene sowjetisch-russische Diplomat Juli Kwizinski erinnerte einmal daran, dass Deutschland seit Anzettelung des Ersten Weltkrieges sich an kein Abkommen mit Russland gehalten hat, an keines. Da ist es eine angemessene symbolische Ergänzung des Merkel-Vokabulars, wenn grüne Kommunalbeamte in Berlin Angela Davis ein direktes Gespräch mit Flüchtlingen verwehren und dies mit dem Ansehen der Aktivistin in der DDR begründen. Als sich die US-Bürgerrechtlerin 1972 mit der staatlichen Todesdrohung konfrontiert sah, unterhielt die Bundesrepublik noch beste Beziehungen zu den regierenden Faschisten in Athen, Madrid und Lissabon. Bundesdeutsche Traditionen verpflichten, das gilt für den Umgang mit Faschisten wie für den mit der DDR.

---

<http://www.jungewelt.de/2015/05-15/056.php>